

16 Jahre Debatte: Warum die Hubbrücke immer noch nicht saniert ist

Pläne für einen Neubau im Retro-Stil gab es schon 2009 – Daraus wurde nie etwas – Instandsetzung für 2026 angesetzt.

LÜBECK. Neubau? Sanierung? Wiederherstellung mit neuen Bauteilen in alter Optik? Seit 2009 ist die marode Hubbrücke immer wieder Diskussionsthema in Lübeck. Inzwischen steht fest: Die historische Kanalquerung soll denkmalgerecht saniert werden. Doch die geplanten Arbeiten kommen zu spät.

Die Brücke lässt sich seit Februar 2023 nicht mehr absenken und ist daher für den Verkehr gesperrt. Die Fußgängerbrücke ist sogar so hinfällig, dass sie Ende November ausgehoben werden musste. Nun prüfen Experten, inwieweit sie zu retten ist. Die Grundinstandsetzung der gesamten Brückenanlage soll 2026 beginnen und mindestens drei Jahre dauern.

HUBBRÜCKE GEHÖRT DEM BUND

Die Hubbrücke gehört dem Bund. Zuständig ist das Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt (WSA) Ostsee. Aber auch die Lübecker Stadtverwaltung und die Lübecker Bürgerschaft haben ein Wörtchen mitzureden.

Die Brücke wurde im Zuge des Baus des Elbe-Lübeck-Kanals errichtet und im Jahr 1900 von Kaiser Wilhelm II. eingeweiht. Das Bauwerk erregte wegen seiner herausragenden Technik international Aufmerksamkeit, berichtete Dirk Rieger, Chef des Bereichs Archäologie und Denkmalpflege bei der Stadt, jetzt im Kulturausschuss. Auf der Pariser Weltausstellung sei sie sogar als Vorbild für weitere Anlagen thematisiert worden. 1988 wurde die Brücke unter Denkmalschutz gestellt. Sie besteht aus drei Teilen – einem für Fußgänger, einem für Autos und einem für Züge.



Die Hubbrücke von oben: Auf dieser Aufnahme ist die Fußgängerbrücke noch an Ort und Stelle.

Foto: Timon Ruge

ERSTE UMBAU-PLÄNE AUS DEM JAHR 2009

2009 legte das WSA Pläne für einen Neubau der Brückenanlage vor, 2010 stellte es einen entsprechenden Genehmigungsantrag. Vorgesehen war ein Neubau in Anlehnung an das historische Aussehen. Die Lübecker Denkmalpflege stimmte zu. „Lübeck bekommt eine neue Hubbrücke“, titelten die LN am 8. September 2010. „Das Bauwerk bekommt einen Retro-Look verpasst“, hieß es. 13,2 Millionen Euro sollte das Vorhaben kosten.

Der Neubau sollte 2012 stehen. Doch daraus wurde nichts. Denn es entstand eine neue Situation, als sich die Hansestadt 2011 entschied, die über die Hubbrücke verlaufenden Gleise der Hafenbahn aufzugeben. Das WSA musste ihren Retro-Neubau umplanen: Die Fahrbahn sollte verbreitert werden, zugleich sollte eine Fußgängerbrücke in Richtung Kanal angehängt werden, die für Rollstuhlfahrer geeignet sein sollte. Den Eisenbahn-Teil der Brücke wollte das WSA erhalten und dauerhaft hochstellen. Derweil wurden in Lübeck die

Stimmen lauter, die forderten, die bestehende Brücke zu sanieren und zu erhalten. Die städtische Denkmalpflege äußerte Zweifel an den WSA-Plänen. Es formierte sich eine Bürgerinitiative, die online Stimmen für den Erhalt sammelte. Auch die Welterbehüter der Organisation Icomos forderten das WSA schriftlich auf, die Anlage zu erhalten. Ein Abriss sei undenkbar, schrieben die Experten laut LN-Bericht vom 6. Januar 2015. Das WSA gab daraufhin eine Machbarkeitsstudie in Auftrag. In den Folgejahren gab es im-

mer wieder Sperrungen der Brücke wegen Defekten. Die Debatte um Sanierung oder Neubau wurde derweil ruhiger. Erst 2020 kam wieder Bewegung in die Sache. Das Wasserstraßenneubauamt präsentierte der Hansestadt fünf Varianten. Zwei davon sahen einen Ersatzneubau vor.

DREI VARIANTEN FÜR DIE SANIERUNG

Die übrigen drei Varianten beinhalteten einen Erhalt und die Sanierung des Hubbrückenensembles. Sie unterschieden sich in

Details. Eine Variante sah vor, den ehemaligen Eisenbahnteil als Straßen- und Gehwegbrücke zu nutzen. Variante zwei wollte nur Fahrradfahrer und Fußgänger darüber leiten. Bei der dritten Option wäre der Eisenbahnteil außer Betrieb geblieben – diese Lösung favorisierte die Stadt. Sie wäre die für Lübeck günstigste gewesen.

Eine Ertüchtigung der Eisenbahnbrücke als Fahrbahn oder als Fuß- und Radweg-Querung hätte die Stadt möglicherweise mitbezahlen müssen. Allerdings hätte es mit der günstigsten Variante keine barrierefreie Kanalquerung an dieser Stelle gegeben. Das wiederum wollten die Kommunalpolitiker und der Seniorenbeirat nicht akzeptieren.

Im März 2021 sprach sich die Bürgerschaft für die Sanierung der Hubbrücke und den Erhalt des historischen Erscheinungsbildes aus. Die Eisenbahnbrücke sollte Fußgängern und Radfahrern eine barrierefreie Nutzung des Brückenensembles ermöglichen. Die Politiker bauten darauf, dass der Bund die Kosten für die Eisenbahnbrücke übernehmen muss. Sollte das nicht der Fall sein, solle bei der Sanierung zumindest die Option auf eine spätere Umgestaltung gesichert werden. Hier ist noch offen, wie es ausgeht.

Es sei bisher nicht abschließend geklärt, in welchem Umfang der Technikbestand im Inneren der Anlage erhalten bleibt, erläuterte Dirk Rieger im Kulturausschuss. Mit Blick auf den Denkmalschutz handele es sich bei der Hubbrücke um „einen rechtlichen Sonderfall“, da sich das Bauwerk in der Höhe des Bundes befinde. „Die Erfordernisse des Denkmalschutzes sind aber zu berücksichtigen“, sagte Dirk Rieger. **HVS**

Achtung, jetzt kommt der Tele-Notarzt

Im Notfall kann sich künftig in der Region Lübeck ein Mediziner digital an den Einsatzort zuschalten.

LÜBECK. Ein Unfall. Schnell die 112 gewählt. Der Rettungswagen kommt, die Sanitäter versorgen die Verletzten – und der Notarzt schaltet sich per Internet dazu. In Lübeck, Ostholstein, Stormarn und dem Herzogtum Lauenburg wird das künftig zum Alltag gehören. Von diesem Sommer an werden dort Rettungswagen mit Telemedizin des Herstellers „Corpus“ im Einsatz sein. Das Ziel ist es, die Kapazitäten des Rettungsdienstes zu erweitern.

Damit könnten Notärzte bei einem Einsatz auch dann helfen, wenn gerade kein Notarztfahrzeug greifbar ist. Die notärztliche Hilfe werde „direkt und ohne Verzögerung durch Anfahrtswege an den Einsatzort gebracht“, sagt Thomas Köstler von der Berufsfeuerwehr Lübeck. Auch bei der Rettungsdienstkooperation RKiSH, die neben Rendsburg-Eckernförde, Steinburg, Pinneberg und Dithmarschen auch den Kreis Segeberg versorgt, ist so ein System im Aufbau. Man wolle damit auch gänzlich unnötige Rettungswagenfahrten vermeiden, indem zunächst ein Tele-Arzt den Patienten begutachtet und entscheidet, sagt RKiSH-Sprecher Christian Mandel. Die Sanitäter würden dazu die Messwerte des Patienten

in die Klinik übermitteln. Ohne Notarztbegleitung müssen sie die Patienten bislang immer in die Klinik fahren, auch wenn eine Behandlung am nächsten Tag beim Hausarzt ausreichen würde.

Lübeck's Bürgermeister Jan Lindenau (SPD) spricht ebenfalls von einem „bedeutenden Schritt in Richtung einer effizienteren und patientenorientierten Notfallversorgung“. Die beiden Zentralen für die Tele-Notärzte werden in den Rettungsleitstellen in Lübeck und Kiel eingerichtet. Noch in diesem Frühjahr sollen die ersten Rettungswagen auf die neue Technik umgerüstet und das Personal geschult werden. 250 Wagen sollen es am Ende sein – genug, um rund die Hälfte der schleswig-holsteinischen Bevölkerung bei Bedarf mit Notfall-Telemedizin zu versorgen. Beim Hausärzterverband im Norden geht man noch weiter und schlägt eine Zusammenlegung der Notrufnummer 112 mit der ärztlichen Notdienst-Nummer 116117 vor, damit die Leitstellen außerhalb der Praxisöffnungszeiten gleich alle Patienten richtig weiterleiten könnten.

Eine Studie der Fachhochschule Kiel in Zusammenarbeit mit dem RKiSH befeuerte solche Reformüberlegungen zuletzt noch.

Demnach werde die Zahl der Notfalleinsätze in Schleswig-Holstein binnen der nächsten 15 Jahre noch einmal um 50 Prozent steigen – und das bei Nachwuchssorgen in der Branche und immer knapper werdendem Personal. Allein im Beritt des RKiSH sei mit bis zu 400.000 statt 248.000 Alarmierungen jährlich zu rechnen, heißt es in der Studie. Und das liege nur zum Teil an einer alternden Bevölkerung. Viele Menschen würden auch den Rettungsdienst rufen, weil sie keinen Hausarzt mehr hätten oder noch keine Anlaufpraxis in ihrer Nähe sei. Mehr Rettungswagen würden sich aber nicht einsetzen lassen, sagt Sönke Schulz, Geschäftsführer des Landkreistages. Es gebe weder das Personal noch das Geld dafür.

Die Kreise und kreisfreien Städte müssen in Schleswig-Holstein den Rettungsdienst organisieren und bezahlen. SPD-Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach wollte mit einer Gesetzesreform dabei auch die niedergelassenen Ärzte und ihre kassenärztlichen Vereinigungen stärker in die Pflicht nehmen. Das Ampel-Aus verhinderte einen Beschluss. Nach der Neuwahl des Bundestages am 23. Februar soll aber neu verhandelt werden. **WH**

Radfahrerin nachts auf Fahrradweg überfallen

Polizei sucht mit Phantombild nach Zeugen zur Tatnacht im Sommer 2024 an der B76 kurz vor Travemünde.

LÜBECK. Ein halbes Jahr ist der Überfall her, nun wendet sich die Polizei mit einem Phantombild an die Öffentlichkeit und berichtet, was bekannt ist: In der Nacht vom 28. auf den 29. August 2024 fuhr eine Radfahrerin gegen kurz nach Mitternacht von Niendorf kommend auf dem Radweg an der B76 Richtung Travemünde.

Ortskundige wissen, dass dieser einsame Radweg nicht nur weitläufig von Feldern umgeben ist, sondern auch aufgrund von fehlender Straßenbeleuchtung nachts vollständig im Dunkeln liegt.

Wie die Polizei gemeinsam mit der Staatsanwaltschaft mitteilt, sei kurz nach der Einmündung des Radwegs in den Timmendorfer Weg dann plötzlich ein Mann aus dem Straßengraben auf den Radweg gesprungen und habe die 31-jährige Lübeckerin vom Fahrrad geschubst.

Daraufhin habe er unter anderem versucht, die Hose der Frau herunterzuziehen und sie zu berühren.

FRAU KONNTE ANGREIFER DURCH TRITTE ABWEHREN

Die Frau habe sich jedoch vehement mit Tritten gegen ihren Angreifer gewehrt. Dadurch habe



Mit diesem Phantombild fahndet die Polizei nach dem etwa 50-jährigen Tatverdächtigen. Foto: Polizeidirektion Lübeck

der Tatverdächtige von ihr abgelenkt und sei in Richtung Niendorf geflohen. Nachdem umfangreiche Ermittlungen bisher nicht zur Ergreifung des Mannes geführt hätten, sucht die Polizei inzwischen mithilfe des Phantombildes nach ihm. Der Beschreibung nach sei der Tatverdächtige ein Mann im Alter von circa 50 Jahren. Er wurde von der Frau als 1,80 Meter groß beschrieben und soll eine schlanke

Figur haben. Außerdem sei seine Haut hell gewesen mit Falten und Altersflecken.

TATVERDÄCHTIGER WAR IN SPORTLERKLEIDUNG UNTERWEGS

Weil der Mann während der Tat nichts sagte, lägen keine Hinweise auf Dialekte und Sprachen vor, heißt es in der Polizeimitteilung. Das Erscheinungsbild des Tatverdächtigen soll „dem eines Sportlers oder Joggers ähneln“, heißt es weiter.

Der Mann sei zur Tatzeit mit einer schwarzen, eng anliegenden Mütze mit Reflektorstreifen unterwegs gewesen. Außerdem habe er ein längliches schwarzes Oberteil mit Kragen und Reißverschluss sowie eine schwarze Leggings getragen.

Die Polizei sucht Zeugen, die Angaben zur Identität des Mannes machen können. Auch bittet die Polizei um Hinweise zur Tatnacht. Wer hat etwas Verdächtiges in der Nacht vom 28. August auf den 29. August 2024 im Bereich des Timmendorfer Wegs nahe der B76 gesehen? Zeugen und Hinweisgeber werden gebeten, sich unter der zentralen Rufnummer 0451-1310 der Lübecker Kriminalpolizei zu melden. **HAD**